

Der Draghi-Bericht führt Europa in die Sackgasse



Mario Draghi, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank, präsentiert seinen Bericht über Europas Wettbewerbsfähigkeit.

9. September 2024 | Kommentar von Malte Fischer

Europa muss wettbewerbsfähiger werden, sagt der ehemalige EZB-Chef Mario Draghi. Doch die Maßnahmen, die er dazu in seinem Bericht empfiehlt, sind der falsche Weg.

Eines muss man Mario Draghi lassen: Kein anderer Politiker arbeitet so beharrlich und erfolgreich daran, das institutionelle Gefüge und damit das Gesicht Europas nachhaltig zu verändern wie der ehemalige EZB-Chef und Ex-Ministerpräsident Italiens. Als oberster Notenbanker Europas transformierte Draghi die Währungsunion durch den massenhaften Ankauf von Staatsanleihen in eine Haftungs- und Schuldenunion und bündelte damit das im EU-Recht verankerte Verbot der monetären Staatsfinanzierung eigenmächtig nieder.

Nun setzt er als Berater der EU-Kommission dort an, wo er als EZB-Chef aufgehört hat. In seinem Bericht zur „Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“, den er im Auftrag der EU-Kommission erstellt hat, [empfiehlt Draghi ein Maßnahmenbündel zur Stärkung der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit Europas](#), das im Kern auf drei Elementen beruht: Mehr Schulden, mehr Gemeinschafts-Haftung, mehr Zentralismus.

Hintergrund des Draghi-Berichts ist der massive Leistungsabfall Europas, der sich darin äußert, dass Europa den USA und China in wichtigen ökonomischen Belangen seit Jahren hinterherhinkt. Die Wirtschaftsleistung und die Produktivität auf dem alten Kontinent stagnieren, während sie in den USA und China zulegen. Das Gründungsgeschehen in Europa taugt im globalen Maßstab allenfalls für die zweite Liga, die digitale Infrastruktur befindet sich mancherorts noch im vergangenen Jahrhundert und bei den Patentanmeldungen muss sich Europa hinter China, den USA, Japan und Korea einreihen.

Ein neuer Marshallplan

Anlass, den Gründen für die erodierende Wettbewerbsfähigkeit Europas auf den Grund zu gehen sowie Handlungsoptionen aufzuzeigen, wie Europa wieder Anschluss an die weltweite Spitze finden kann, gibt es also genug. Die Frage ist jedoch, ob die von Draghi empfohlene Remedur zielführend ist.

Im Zentrum von Draghis Bericht steht die Forderung, die EU möge pro Jahr 750 bis 800 Milliarden Euro für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit locker machen. Das entspricht etwa fünf Prozent der Jahreswirtschaftsleistung der EU und ist mehr als das Doppelte dessen, was nach dem Zweiten Weltkrieg im Zuge des Marshallplans in den Wiederaufbau Europas geflossen ist. Zur Finanzierung empfiehlt Draghi die Ausgabe gemeinsamer Anleihen, wie sie die EU bereits für ihren Fonds zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie (NextGeneration EU) auf den Markt gebracht hat.

Europa sei schwach bei neuen Technologien aufgestellt und habe „die durch das Internet ausgelöste digitale Revolution und die damit verbundenen Produktivitätsgewinne weitgehend verpasst“, heißt es zur Begründung in Draghis Bericht. Daher benötige Europa eine Investitionsoffensive, zu der auch gehöre, die strengen Regeln für staatliche Beihilfen zu lockern, um strategisch wichtige Bereiche mit dem Geld der Steuerzahler auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu hieven.

Neben dem Energiesektor und dem Klimaschutz zählt der Verteidigungsbereich zu den strategisch wichtigen Sektoren. Draghi setzt hier auf die stärkere Koordination durch die EU, eine gemeinschaftlich finanzierte militärische Forschung sowie eine gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern. Weil die heterogenen Interessen der EU-Länder einer gemeinschaftlichen Vorgehensweise häufig entgegenstehen, soll künftig eine qualifizierte Mehrheit reichen, um für alle Länder verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Verlagerung der Schulden auf die EU

Mit seinem Petition für mehr Geld und mehr Macht für Brüssel liefert Draghi, was die EU-Kommission bestellt hat. Seit langem schon machen vor allem Paris und Rom Druck auf Brüssel, die gemeinsame Finanzierung von Politiken, die bisher in nationaler Verantwortung liegen, voranzutreiben. Dahinter steht das Bestreben, angesichts der zunehmend ausgeschöpften nationalen Verschuldungsspielräume in den Südländern die Kreditaufnahme auf die Ebene der EU zu verlagern, von wo das Geld dann an die Nationalstaaten zurückfließen soll. Die den Deutschen dabei zugedachte Rolle besteht darin, die neue Schuldenorgie mit der Opfergabe ihrer Bonität zinspolitisch abzusichern.

Im Grunde genommen handelt es sich bei Draghis Vorschlägen um die Fortsetzung der EZB-Rettungspolitik mit anderen Mitteln. Weil die EZB demnächst gänzlich aus dem Kauf von Staatsanleihen aussteigen will und damit als Stütze für die hochverschuldeten Südländer wegfällt, soll die Verschuldung auf die supranationale Ebene verlagert werden.

Wie die EU dadurch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen soll, ist schleierhaft. Wettbewerbsfähigkeit entsteht nicht durch staatliche Schulden, sondern durch Innovationen von Unternehmen, durch ein leistungsfähiges Bildungswesen, durch niedrige Steuern und Abgaben sowie den Verzicht des

Staates auf granulare Vorgaben, mit denen er sich anschickt, technologische Entwicklungspfade vorzuzeichnen, die sich am Ende immer wieder als Sackgasse entpuppen.

Blick zurück in die Geschichte

Sicher, Gründer benötigen Geld, um ihre Ideen zu skalieren, und auch Glasfaserkabel müssen finanziert werden. Doch in einer Marktwirtschaft sollten dafür private Investoren zuständig sein, nicht der Staat. Statt neuer Schulden bedarf es deshalb besserer (steuerlicher) Rahmenbedingungen für private Wagniskapitalgeber, radikaler Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur sowie einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien.

Wer Europa in Sachen Wettbewerbsfähigkeit wieder nach vorn bringen will, sollte einen Blick in die Geschichte wagen. Der historisch einmalige Aufstieg Europas zur technisch, wissenschaftlich und ökonomisch führenden Weltregion war nicht das Ergebnis von zentraler politischer Koordination, sondern von dezentraler Vielfalt und intensivem Standortwettbewerb.

Nach dem Untergang des Römischen Reiches entwickelte sich auf dem alten Kontinent eine polyzentrische Struktur, die aus einer Vielzahl kleiner Fürstentümer, Stadtstaaten und Königreiche bestand. Diese konkurrierten um die klügsten Wissenschaftler und erfindungsreichsten Ingenieure. Dafür mussten sie den Umworbenen ein attraktives Arbeitsumfeld bieten. Es war der Wettbewerb der Kleinstaaten, der in Europa eine „zuvor nie gekannte Vitalität“ der Unternehmen erzeugte, schreibt der US-Wirtschaftshistoriker David Landes. Anders gesagt: Wettbewerbsfähigkeit entsteht im Wettbewerb.

Diesen zu beleben, sollte daher im Zentrum des Bemühens stehen, Europa wieder zu dem zu machen, was es einst war: die technisch, wissenschaftlich und ökonomisch führende Region auf der Welt. Die Zentralisierung von politischen Entscheidungen am grünen Tisch in Brüssel, neue Schulden und mehr Gemeinschafts-Haftung, wie Draghi sie empfiehlt, sind der falsche Weg.